

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

12.05.2022

# Inhalt

## EWN

### 1 | **Wirtschaft streitet um Subventionen für AKW**

*Neue Zürcher Zeitung, 12.05.2022* ..... 3

📰 Neue Zürcher Zeitung | 12.05.2022 | S. 9

📄 Auflage: 87.908 | Reichweite: 213.000

👤 Christof Forster

## Wirtschaft streitet um Subventionen für AKW

### Economiesuisse will Geld für Kernkraftwerke bei drohender Strommangellage – dagegen regt sich jetzt Widerstand

**Bern.** Soll die Schweiz trotz Atomausstieg neue Kernkraftwerke bauen? Die SVP bewirtschaftet das Thema seit Monaten. Sie warnt vor Strommangel und fordert den Bau neuer AKW. Neue Reaktoren lösen allerdings das kurzfristige Problem der Schweiz nicht. Aufgrund von neuen Regeln in der EU droht bereits ab 2025 eine Stromknappheit. Bis ein neues Kernkraftwerk bewilligt und gebaut ist, dauert es aber mindestens 20 Jahre.

Viel näher an den kurz- und mittelfristigen Risiken der Schweizer Stromversorgung ist jedoch eine andere Diskussion: Wie lange sollen die bestehenden AKW laufen? Das Parlament hat keine fixen Laufzeiten vorgegeben. Beznau I und II, Gösgen und Leibstadt dürfen so lange Strom produzieren, wie sie sicher betrieben werden können. Die Aufsichtsbehörde Ensi macht die Sicherheitsvorgaben. Die Besitzer entscheiden eigenständig, ob sich für sie bei teuren Nachrüstungen der Weiterbetrieb lohnt. Der Stromkonzern BKW kam zu dem Schluss, dass sich Investitionen in die Sicherheit des AKW Mühleberg nicht mehr auszahlen, und hat deshalb das Werk 2019 vom Netz genommen.

#### Gefahr von Mitnahmeeffekten

Im Urteil des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse war das keine gute Idee. Solange eine akute Gefahr einer Stromlücke bestehe, sei der Ausstieg aus der Kernenergie hoch riskant und mit konkreten Gefahren für Haushalte und Wirtschaft verbunden, schreibt der Verband in einem Grundsatzpapier zur Versorgungssicherheit. Solange die Werke sicher betrieben werden könnten sowie für die Endlagerung vorgesorgt werde, sollten diese deshalb am Netz bleiben. Die alten Meiler seien beinahe CO<sub>2</sub>-neutral und lieferten Strom in grossen Mengen. Laufen sie weiter, entschärft sich laut Economiesuisse die Winterknappheit teilweise. Die Lebensverlängerung der alten AKW diene als Versicherung, falls der Ausbau der Erneuerbaren weiterhin stockt.

Daraus leitet der Verband zwei Folgerungen ab: Der Rückbau von Reaktoren soll erst dann möglich sein, wenn der Ausbau der Erneuerbaren fortgeschritten ist. Zudem sollen auch alte AKW Subventionen erhalten können. Konkret will Economiesuisse, dass auch bestehende Anlagen, die nicht mehr rentabel sind, bei einer drohenden Mangellage an Ausschreibungen für Fördermittel teilnehmen können. «Es wäre fahrlässig, die Atomkraft a priori aussen vor zu lassen», sagt Alexander Keberle von Economiesuisse. In den Auktionen stünden die alten AKW im Wettbewerb mit Photovoltaik-, Wind- und Biomasseanlagen sowie Wasserkraftwerken.

Dieser Vorschlag stösst auf Widerstand – auch in der Wirtschaft. «Wir sind kategorisch gegen noch mehr Subventionen für alte AKW», sagt Fabienne Thomas von AEE Suisse, der Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Sie vertritt Fach- und Branchenverbände sowie Unternehmen, die sich für Erneuerbare engagieren. Die AKW würden mit zunehmendem Alter unzuverlässiger. Aufgrund des hohen Ausfallrisikos müssten andere Werke als Sicherheit jederzeit verfügbar sein, was die Produktion verteuere.

Zudem fehlten dann diese Mittel für den Ausbau der Erneuerbaren. Die vorhandenen Gelder sollten in den Ausbau zukunftsfähiger Technik investiert werden. Thomas verweist auf die Internationale Energieagentur, die jüngst festgestellt habe, dass neue Solar- und Windkraftwerke die historisch kostengünstigste Form der Stromproduktion seien. Es besteht auch die Gefahr von Mitnahmeeffekten: Ein Betreiber erhalte Geld, obwohl er die AKW ohnehin weiterlaufen liesse. Solange keine staatlichen Mittel fliessen, zeigt sich AEE Suisse offen für längere Laufzeiten, sofern die AKW sicher betrieben werden können.

Auch die Stromkonzerne Axpo und Alpiq, welche die vier Kernkraftwerke betreiben, reagieren zurückhaltend bis negativ auf den Vorschlag von Economiesuisse.

se. Alpiq verweist auf das geltende Recht, wonach die AKW so lange laufen dürfen, wie sie sicher und wirtschaftlich betrieben werden können. Dafür brauche es keine Subventionen, sondern stabile Rahmenbedingungen, etwa für die Finanzierung des Stilllegungs- und Entsorgungsfonds, sagt Sprecher Guido Lichtensteiger. Der Fokus der Förderung müsse auf die Erneuerbaren gerichtet sein. Mit Blick auf die versorgungskritischen Wintermonate sei es wichtig, dass die Projekte des runden Tisches Wasserkraft vorangetrieben würden.

Laut dem Axpo-Sprecher Martin Stucki besteht die Gefahr, dass eine Diskussion rund um die KKW von der Dringlichkeit ablenkt, mit der die erneuerbaren Energien jetzt ausgebaut werden müssen. Er verweist auf Berechnungen der Firma. Diese zeigten, dass die Energiewende bei gleichzeitig hoher Versorgungssicherheit erreichbar sei, wenn die Kernkraftwerke nach 60 Betriebsjahren abgestellt würden. Dies bedinge aber, den Ausbau der Erneuerbaren deutlich zu forcieren. Beznau I und II erreichen um 2030 das Betriebsalter von 60 Jahren. Bei den leistungsmässig stärkeren Werken Gösgen und Leibstadt erfolgt dies 2039 beziehungsweise 2044.

### **Einig beim Stromsparen**

Der Vorschlag von Economiesuisse zu den alten AKW hat die Branche zweifeln lassen: Meint es der Verband tatsächlich ernst mit dem Ausbau der Photovoltaik? Mit der längeren Laufzeit der Reaktoren sei nämlich nicht viel Zeit gewonnen. Aber es nehme

wieder Druck weg von der Politik, endlich die umstrittenen Fragen anzupacken. Etwa die strengen Vorgaben zum Landschaftsschutz, welche die Energiewende bremsen. Oder ob es ein neues Fördermodell braucht, um den Ausbau der Solarenergie zu beschleunigen. Diskussionen dazu laufen derzeit in der Energiekommission des Ständerats. Economiesuisse widerspricht dieser Wahrnehmung. «Solarenergie ist neben der Wasserkraft ein elementarer Bestandteil der künftigen Energieversorgung», sagt Keberle. Daran zweifle man innerhalb des Verbands nicht. Das war nicht immer so. Economiesuisse gehörte anfänglich zu den erbitterten Kritikern der Energiestrategie 2050 des Bundesrats.

Trotzdem bleiben Differenzen zwischen den beiden Wirtschaftsverbänden. Economiesuisse möchte möglichst wenig subventionieren. AEE Suisse fordert dagegen, die Höhe der Fördergelder nach den Ausbauzielen auszurichten – und auch eine Verschuldung des Netzzuschlagsfonds zuzulassen. Aus diesem Fonds stammen die Mittel für den Ausbau der Erneuerbaren. Auch fordert AEE Suisse eine deutliche Erhöhung der geplanten Abgabe für den Bau von Anlagen, die im Winter Strom liefern.

Economiesuisse hingegen will den Ausbau möglichst so gestalten, dass die Endkunden nichts spüren. So soll beispielsweise die Gebühr für die Nutzung des Stromnetzes sinken. Einig sind sich die Verbände immerhin darin, dass bei der Effizienz noch viel zu holen wäre. Einsparungen beim Stromverbrauch wirken schneller und direkter als der Bau von neuen Anlagen.